

Halbach, Uwe

Research Report

Der Konflikt zwischen Russland und der Türkei: Ende offen

SWP-Aktuell, No. 32/2016

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Halbach, Uwe (2016) : Der Konflikt zwischen Russland und der Türkei: Ende offen, SWP-Aktuell, No. 32/2016, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255376>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Konflikt zwischen Russland und der Türkei – Ende offen

Uwe Halbach

Ende November 2015 kollabierten die bis dahin vor allem auf wirtschaftlicher Ebene gedeihlichen Beziehungen zwischen Russland und der Türkei, nachdem die türkische Luftwaffe im Umfeld des Kriegs in Syrien ein russisches Militärflugzeug abgeschossen hatte. Das Zerwürfnis zwischen Moskau und Ankara beeinflusst auch die Außenpolitik der Staaten von der Schwarzmeerregion bis Zentralasien. So haben sich im ersten Quartal 2016 die Beziehungen zwischen Ankara und Kiew in Gegnerschaft zu Russland intensiviert. Als der Karabach-Konflikt im April 2016 bedrohlich aufflammte, nährte dies Spekulationen, der russisch-türkische Antagonismus habe die Eskalation im Streit zwischen Aserbaidschan und Armenien mit angetrieben. In Zentralasien stärkt Russland seit 2014 seine Machtposition in sicherheitspolitischen Regionalorganisationen. Zugleich kooperieren dort Länder wie Kasachstan in kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen mit der Türkei. Der Konflikt zwischen Moskau und Ankara stürzt einige Staaten in Russlands »nahem Ausland« in ein diplomatisches Dilemma.

Der Zeitraum von 2001 bis 2010 war eine Hochphase bilateraler Beziehungen sowie außen- und geopolitischen Einvernehmens zwischen Russland und der Türkei – zwei Staaten, die unter der Herrschaft von Zar und Sultan seit Ende des 16. Jahrhunderts in imperialer Konkurrenz gestanden und ein Dutzend Kriege gegeneinander geführt hatten. Während des Kalten Krieges waren sie Frontstaaten in der Konfrontation von Nato und Warschauer Pakt.

Im ersten nachsojjetischen Jahrzehnt intensivierten sich die Beziehungen. Einer Partnerschaft stand allerdings noch einiges entgegen, etwa eine energiepolitische Kon-

kurrenz, die sich im Hinblick auf den kaspischen Raum entfaltete. Dabei bildete die Türkei einen Umschlagplatz für Erdöl und Erdgas über neue Transitrouten, mit denen sich russisches Territorium umgehen ließ. Gleichzeitig aber wurde das Land zu einem Hauptimporteur dieser Rohstoffe aus Russland. Auch Moskaus Kriegsmaßnahmen gegen das abtrünnige Tschetschenien erschwerten eine pragmatische Russlandpolitik Ankaras. Kaukasische Diasporagruppen, die seit vielen Generationen in der Türkei leben, forderten eine entschiedeneren Haltung gegenüber »russischer Kolonialpolitik« im Kaukasus. Im Jahr 2001 unterzeichneten

beide Staaten einen »Aktionsplan für Kooperation in Eurasien«. Als erstes russisches Staatsoberhaupt seit drei Jahrzehnten besuchte Präsident Putin 2004 die Türkei. Beim Besuch Präsident Medwedews in Ankara im Mai 2010 wurden 17 Kooperationsabkommen und eine »strategische Partnerschaft« beschlossen. Als Russland 2008 militärisch gegen Georgien vorging, hielt sich Regierungschef Erdoğan mit Kritik daran zurück und begründete dies mit dem Hinweis, Russland sei zu einem Haupthandelspartner der Türkei geworden. Je enger die wirtschaftliche Kooperation wurde, desto mehr wuchs auch das Einverständnis bei sicherheits- und geopolitischen Themen. Seit dem Irak-Krieg 2003 standen beide Länder einer militärischen Präsenz der USA im Nahen und Mittleren Osten sowie im Schwarzmeerraum kritisch gegenüber. Darüber hinaus setzten sie sich für die Schwarzmeerraum-Wirtschaftskooperation und eine Schwarzmeerflotte der Anrainerstaaten ein. Die Türkei wurde zum Dialogpartner der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, in der Russland mit China und zentralasiatischen Staaten kooperiert. Ankara zeigte auch Verständnis für russische Warnungen vor »Farbrevolutionen« im GUS-Raum.

Seit 2011 traten aber auch außen- und geopolitische Differenzen in den Beziehungen hervor. Zum Bruch sollten die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten im Zeichen des »arabischen Frühlings« führen, vor allem in Syrien. Die Türkei stellte sich auf die Seite oppositioneller, darunter auch islamistischer Kräfte, während Russland Partei für das Assad-Regime ergriff. Dennoch brachen die wirtschaftlichen Beziehungen zu jener Zeit noch nicht ein, sondern verstärkten sich sogar zunächst. Russland wurde zum zweitgrößten Handelspartner der Türkei nach der EU. Im Jahr 2014 deckte der Import russischen Erdgases 57 Prozent des türkischen Bedarfs ab. An die hundert türkische Baufirmen waren in Russland tätig und wurden in die Vorbereitung der Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014 einbezogen. Die Zahl russi-

scher Touristen in der Türkei überstieg in jenem Jahr viereinhalb Millionen. Zugleich engagierten sich türkische Unternehmen verstärkt in Georgien, Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan, was in Moskau nicht ohne Argwohn betrachtet wurde.

Der Kollaps im November 2015

Im Umfeld des Syrienkonflikts, an dem beide Staaten neben anderen externen Akteuren beteiligt sind, schoss die türkische Luftwaffe am 24. November 2015 ein russisches Militärflugzeug ab, das angeblich für Sekunden den türkischen Luftraum verletzt haben soll. Daraufhin verschlechterten sich sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Beziehungen drastisch. Unmittelbar nach dem Vorfall verhängte Moskau Sanktionen gegen die Türkei in allen Bereichen, in denen sich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entfaltet hatten (siehe SWP-Aktuell 2/2016). Das betraf die Einfuhr türkischer Waren nach Russland, den Flugverkehr für russische Touristen in die Türkei, die Tätigkeit türkischer Bauunternehmen in Russland, das Pipeline-Projekt »Turkish Stream« und anderes mehr. Ein regelrechter Krieg mit Worten brach aus. Auf seiner alljährlichen Pressekonferenz im Dezember übte Präsident Putin harsche Kritik an der aus seiner Sicht überzogenen Reaktion der Türkei auf die angebliche Verletzung ihres Luftraums. Der Antagonismus erstreckte sich nun auch auf die Beziehungen zwischen den Staatsführern Putin und Erdoğan, die sich zuvor in ihrem autokratischen Herrschaftsstil einig gewusst und sich als neue Erscheinungsformen von Zar und Sultan in ihren Ländern präsentiert hatten. Laut einer Umfrage der Istanbuler Kadir-Has-Universität vom Dezember 2015 nannten knapp 65 Prozent von 1000 Befragten Russland nun als größte Bedrohung für die Türkei. Während einer Debatte im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments im Februar 2016 warnte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini gar vor einem Krieg zwischen Russland und der Türkei wegen Syrien.

Einige Wochen später verlagerten sich Spekulationen über einen solchen »Stellvertreterkrieg« von Syrien auf den Karabach-Konflikt im Südkaukasus.

Auswirkungen auf den postsowjetischen Raum

Das Zerwürfnis zwischen Moskau und Ankara hat auch Konsequenzen für Staaten im Kaukasus, in Zentralasien und im Schwarzmeerraum. Im Südkaukasus betrifft es die Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten Armenien und Aserbaidschan, die in den Konflikt um Berg-Karabach verstrickt sind. Anfang April 2016 ereigneten sich die schlimmsten Gefechte zwischen armenischen und aserbaidchanischen Truppen seit Ende des »ersten« Karabach-Kriegs 1994. Dabei wurden auch schwere Waffen wie Panzer, Artillerie und Hubschrauber eingesetzt. Russland nimmt in diesem seit 25 Jahren ungelösten Konflikt eine ambivalente Haltung ein. So fungiert es als einer der wichtigsten Vermittler in der Minsker OSZE-Gruppe, die für die Regelung dieses Konflikts zuständig ist. Gleichzeitig ist es enger Sicherheitspartner Armeniens mit militärischer Präsenz dort, aber auch Aserbaidschans größter Waffenlieferant. Die Türkei steht auf der Seite Aserbaidschans, das sie als ethnisches »Bruderland« ansieht und mit dem sie 2010 ein Abkommen über strategische Partnerschaft und gegenseitige Unterstützung schloss. Die Eskalation vom April 2016 zog Spekulationen über einen »Stellvertreterkrieg« im östlichen Teil des Kaukasus nach sich, obwohl Russland unverzüglich Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriff. Keineswegs trat es einseitig als strategischer Verbündeter Armeniens auf, sondern ermahnte alle Konfliktparteien, eine weitere Zuspitzung zu vermeiden, und vermittelte am 5. April eine Feuerpause. An einem erneuten Karabach-Krieg können weder Moskau noch Ankara interessiert sein. Beiden Seiten böte sich im Konflikt um Berg-Karabach vielmehr die Gelegenheit, sich als friedensdiplomatische Akteure zu profilieren – eine Chance, die

Moskau prompt genutzt hat. Die türkische Reaktion ging nicht in diese Richtung. In einem ersten Kommentar stellte sich Präsident Erdoğan entschieden auf die Seite Aserbaidschans und versprach Unterstützung »bis zum Ende«. Daraufhin verwies der russische Premier Dmitri Medwedew in einem Fernsehinterview auf einen »türkischen Faktor« beim »äußeren Einfluss« auf die Eskalation und plädierte dafür, den Karabach-Konflikt in »gefrorenem Zustand« zu halten. Das entspricht Russlands Interesse am Status quo und an »kontrollierbarer Instabilität« in seiner Nachbarschaft.

In Zentralasien berührt die türkisch-russische Konfrontation besonders Kasachstan. Ähnlich wie Russlands Vorgehen gegenüber der Ukraine spaltet sie Kasachstans politische Elite und Öffentlichkeit in Befürworter und Gegner der russischen oder der jeweils anderen Seite. Mehr als jeder andere Nachfolgestaat der Sowjetunion versteht das Land sich als eurasisch. Mit seiner namengebenden Nationalität sieht es sich einerseits mit der »türkischen Welt« verbunden und setzt sich ähnlich wie auch Aserbaidschan für eine vor allem kulturpolitische Allianz der Turkstaaten ein. Russland dagegen, das selbst Turkvölker wie die Tataren umfasst, hat seine Mitgliedschaft in der Organisation für die gemeinsame Entwicklung der Turkkultur aufgekündigt. Darüber hinaus verbot es seinen turk- und mongolischstämmigen Bevölkerungsteilen, an einem turksprachigen Schlagerwettbewerb teilzunehmen, der im Dezember 2015 in Istanbul stattfand. Allerdings kam aus Russlands eigener »türkischer Welt« auch Kritik an dieser Politik und den Wirtschaftssanktionen. Tatarstans Präsident Rustam Minnichanow wandte sich strikt gegen den Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen zur Türkei.

Innerhalb der kasachischen Gesellschaft wie auch im übrigen Zentralasien wurde in nachsowjetischer Zeit das türkische Modell der Koexistenz von Säkularismus und Religion aufmerksam zur Kenntnis genommen. Die Türkei ist auch für zentralasiatische Staaten ein wichtiger Handelspartner ge-

worden. Türkische Firmen sind zum Beispiel in Kasachstan mit zahlreichen Projekten vertreten. Premier Ahmet Davutoğlu pries die Türkei als Kasachstans Zugang zum EU-Raum und Kasachstan als das Tor zur Eurasischen Wirtschaftsunion für die Türkei.

Andererseits sind zentralasiatische Staaten mit Russland in wirtschafts- und sicherheitspolitischen Regionalformaten verbunden. Kasachstan hat stets klargestellt, dass eine Abkehr von Russland, wie sie Georgien unter Präsident Saakaschwili betrieben hat, nicht erstrebenswert ist. Das steht nicht im Widerspruch dazu, dass Kasachstan Wert auf seine Souveränität legt und seine Außen- und Handelspolitik in alle Himmelsrichtungen ausweiten möchte. Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew sieht sich als Vermittler zwischen Russland und der Türkei: »Ich habe seit vielen Jahren versucht, Russland und die Türkei zusammenzubringen ... Was da über Jahre aufgebaut wurde, droht nun ins Nichts zu entgleiten.«

Im Schwarzmeerraum bringt der Konflikt die Türkei und die Ukraine in ihrer gemeinsamen Gegnerschaft zu Russland näher zusammen. Zuvor war das Verhältnis der beiden Länder nicht so harmonisch. Die offizielle türkische Reaktion in der Ukraine-Krise 2014 war nicht zu Kiews Zufriedenheit ausgefallen. Zwar verurteilte die Türkei die Annexion der Krim, schloss sich aber nicht den Sanktionsmaßnahmen gegen Russland an. Während des ersten Quartals 2016 haben sich die Beziehungen dann deutlich intensiviert. Im Februar reiste der türkische Premierminister Davutoğlu nach Kiew, im März stattete der ukrainische Präsident Petro Poroschenko der Türkei einen Besuch ab. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz verurteilte Präsident Erdoğan die russischen Interventionen in der Ukraine und in Syrien, präsentierte sich als Anwalt der Krimtataren und betonte deren Verbindung zur »türkischen Welt«. Sein ukrainischer Amtskollege Poroschenko wurde bei seinem Staatsbesuch in Ankara von Mustafa Dschemilew und Refat Tschubarow begleitet, den beiden prominentesten Repräsen-

tanten dieser Volksgruppe, die in ihrer historischen Heimat zunehmend unter Druck gesetzt wird. Präsident Poroschenko sprach sich in Ankara für engere wirtschaftliche und militärische Kooperation aus. In Moskau wird diese Annäherung gelassen kommentiert: Eine dauerhaft gegen Russland gerichtete Allianz könne daraus kaum entstehen. Beide Staaten seien zum Beispiel in puncto Energiezufuhr zu stark von Russland abhängig.

Ausblick

In einem Fernsehinterview verwies der türkische Außenminister Mitte April 2016 zwar auf gewisse »positive Veränderungen«, bezeichnete aber Russlands Reaktion auf den Abschuss seines Kampffjets am 24. November 2015 im Rückblick als »äußerst irrational«. Dies erwiderte das russische Außenministerium mit der Einschätzung, es gebe keine erkennbaren Gründe für eine Normalisierung der Beziehungen.

Vielmehr greifen beide Seiten auf historische Schablonen einer Feindschaft zurück, die zuvor als überwunden gegolten hatte. In russischen Medien wird vom »kranken Mann am Bosphorus« gesprochen. Türkische Kommentatoren behaupten, Moskau spiele die »Kurdenkarte« gegen Ankara aus, und erinnern an sowjetische Unterstützung für die PKK. Russische Kommentatoren glauben türkische Verbindungen zu einem islamistischen Terrorismus ausmachen zu können, der Russland, den Kaukasus und Zentralasien bedrohe. Von Überwindung des seit einem halben Jahr anhaltenden Zerwürfnisses kann noch keine Rede sein. Allerdings erscheinen Spekulationen über einen Stellvertreterkrieg im Umfeld Syriens oder Berg-Karabachs überzogen, denn keine der beiden Seiten kann sich derzeit eine Eskalation bis zum gegenseitigen Militäreinsatz leisten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364